

## Pressemeldung Freie Wähler Kreisverband Main-Kinzig

14.09.2005

### **Freie Wähler: Kreisausschuss soll sich gegen Kultur-Zwangsverband positionieren**

Auf Widerstand mit allen politischen und rechtlichen Mitteln will die Fraktion der Freien Wähler den Kreisausschuss des Main-Kinzig-Kreises für den Fall verpflichten, dass Hessens Ministerpräsident Roland Koch den von ihm geforderten regionalen Zweckverband zur Unterhaltung der kulturellen Einrichtungen in Frankfurt und Umgebung mit Macht durchsetzen will. Einen entsprechenden Antrag hat der Fraktionsvorsitzende Jürgen Heim für die Sitzung des Kreistages am 30. September eingebracht.

Ablehnung der Kochschen Pläne auf ganzer Linie soll der Kreistag nach dem Willen der Freien Wähler signalisieren. Denn sollte sich Koch mit seinem Zwangsverband durchsetzen, würde dies viele Städte und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises teuer zu stehen bekommen. Gewinner wäre Frankfurt mit mehr als 67 Millionen Euro. Zahlen müssten u.a. Hanau (ca. 1,2 Millionen), Maintal (550 000 Euro) und Bruchköbel (320 000 Euro). Dies geht aus einer Liste hervor, die die SPD-Landtagsfraktion veröffentlicht hat.

Die Freien Wähler unterstützen mit diesem Antrag die klare Absage an den Zwangsverband und den Aufschrei der Empörung in den verschiedensten Kommunen der Rhein-Main-Region. Die Absicht Kochs wird so gut wie überall als einen Generalangriff auf das Vereinsleben und den Geldbeutel der Frankfurter Umlandgemeinden gesehen. Mit dem Antrag im Kreistag will die FWG über die Parteigrenzen hinweg, dass der ungehörige Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung abgelehnt und mit allen möglichen Mitteln bekämpft wird.

Gespannt ist der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler deshalb vor allen Dingen auf die Stellungnahme der Kreis-CDU und des Landtagsabgeordneten Müller. Jürgen Heim: „Die CDU wird Farbe bekennen müssen, was sie oben anstellt: den Willen ihres Ministerpräsidenten oder das Wohl des Main-Kinzig-Kreises. Da kann sich niemand wegducken.“

Auch der Wunsch der Stadt Frankfurt, künftig innerhalb des Kommunalen Finanzausgleiches alle Kommunen in Hessen an der Finanzierung ihrer Kultureinrichtungen zu beteiligen wird von den Freien Wählern abgelehnt. Nach der Überzeugung der FWG werde es Zeit, dass die Frankfurter Oberbürgermeisterin endlich daran erinnert wird, dass Frankfurt genau so viel vom Umland profitiert wie das Umland von Frankfurt. Schließlich komme im Main-Kinzig-Kreis auch niemand auf die Idee, für das Wasser, das aus dem Vogelsberg nach Frankfurt fließt und dort lebenswichtig ist, eine Sonderabgabe zu verlangen.